

Gibt es negative Lohneffekte durch Zuwanderung?

Debattenbeitrag von Armin Kammerad, 9. Oktober 2018

Dass von Seiten der AfD die Ursachen für negative Lohneffekte auf die Zuwanderer geschoben werden, kann nicht überraschen. Der Tritt nach unten, statt nach oben, ist dort Konsens. Wahrscheinlich auch deshalb war für die Macher*innen der Anstalt am 25. September die Frage der Lohnkonkurrenz Anlass eines [Beitrags](#), in dem sie einen negativen Effekt auf die Löhne durch Zuwanderung verneinten. Wie der [Faktencheck zur Sendung](#) zeigt, bezogen sie sich bei den Fakten, neben Christof Parnreiter und Hannes Hofbauer, auch auf den Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität und Forschungsbereichsleiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, Prof. Herbert Brücker, der erst jüngst in einem [Gespräch mit dem Mediendienst am 2. Oktober](#) vertrat: *"Durch die Flüchtlinge werden die Löhne nicht sinken. Stattdessen werden viele Arbeitnehmer von der Zuwanderung profitieren."* Hier ist der zweite Satz allerdings sehr provokant und kritikwürdig. Sieht Brücker diesen "Vorteil" doch vor allem darin, dass Flüchtlinge vorrangig in Niedriglohn, Zeitarbeit und anderer prekärer Beschäftigungen separiert werden könnten. Was ist jedoch mit den negativen Lohneffekten, mit denen sich am [8. Juni auch der OXI-Blog](#) ausführlich auseinandersetzte?

["Auch die „Anstalt“ kann sich mal vertun"](#) kommentierte Albrecht Müller am 1. Oktober nach dem Eingang einiger kritischer Leserbriefe, wobei er besonders auf einen WSI-Beitrag vom November 2010 abhob, den Müller als wesentliche Faktenbasis für den Anstaltsbeitrag betrachtete. Doch statt einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem [WSI-Beitrag 10/2010 von Herbert Brücker](#), verkürzt Müller seine Kritik vor allem auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung. So verweist Müller u.a. darauf: *"Damals gab es noch kein Hartz IV und keinen Bundeskanzler, der den Niedriglohnsektor propagierte..."* Damit nahm er jedoch bereits einen Fehler vorweg, den Jens Berger in seinem ["Faktenscheck zum Faktencheck" am 9. Oktober](#) wiederholte. Gibt *"es wirklich keine negativen Lohneffekte durch Zuwanderung?"* fragt Berger in der Überschrift zu seinem längeren Beitrag. Die (linke) Antwort kann nur lauten: Grundsätzlich nein! Weshalb auch das Anstaltsteam in seiner Verneinung völlig richtig lag.

Wie sich das mit der Zuwanderung im konkreten Fall darstellt, hängt nämlich von den jeweiligen Umständen im Zielland ab. Dies weiß auch Berger. So lehnt er es ab, *"Aussagen über den Schweizer Arbeitsmarkt auf Deutschland zu übertragen"*. Auch bezüglich einer Studie über Dänemark bezweifelt er, dass *"diese empirischen Daten aus Dänemark auf Deutschland übertragbar sind"*. Berger gliedert die Antwort auf seine selbstgestellte Grundsatzfrage also bereits örtlich auf - ohne sich dessen scheinbar bewusst zu sein. Aber wie steht es um den zeitlichen Faktor z.B. in Deutschland? Hier kommt es natürlich ebenso auf die jeweiligen Verhältnisse an, wie auch der - oben zitierte - Hinweis von Müller auf die Durchsetzung eines Niedriglohnsektors durch Hartz IV zeigt. Dieser Verweis macht allerdings eine andere Schwäche in der NDS-Argumentation deutlich: Die Problematik liegt innerhalb der jeweiligen nationalstaatlichen Ecken und der darin betriebenen Wirtschafts- und Sozialpolitik, sowie am Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Das hat nichts mit der Zuwanderung zu tun, sondern mit den Verhältnissen im Zielland (die Agenda 2010 brachten ja keine Zuwanderer ins Land). So mag das Anstaltsteam sich tatsächlich die für ihre Sichtweise günstigsten Zahlen herausgesucht haben. Aber bezüglich der jeweiligen sehr verschiedenen örtlichen und zeitlichen Voraussetzungen, ist das kein ernsthafter Kritikpunkt, wenn es darum gehen soll zu zeigen, dass ein grundsätzlicher negativer Lohneffekt - selbst unter kapitalistischen Verhältnissen - durch Zuwanderung nicht besteht.

Natürlich gibt es durch den Warencharakter der kapitalistischen Arbeit immer Konkurrenz um Arbeitsplätze und Entlohnung. Aber hier liegt die Ursache nicht in der Zuwanderung, sondern in den kapitalistischen Verhältnissen - und die werden nicht von außen durch Zuwanderung ins Land getragen (jedenfalls nicht in Europa und nicht durch die auf Lohnarbeit angewiesenen Migranten; das Kapital in Deutschland ist tatsächlich immer seltener nur "deutsch"). Hieran sollte sich auch der Hauptunterschied zwischen linker und rechter Ideologie messen lassen: Statt für weniger Zuwanderung zu

sein, käme es z.B. darauf an, für einen höheren gesetzlichen Mindestlohn auch für Zuwanderer einzutreten. Dies erfordert Solidarität mit den Zuwanderer, käme aber den von Lohnarbeit abhängigen Teil der In- wie Ausländern gleichermaßen zu Gute. Dabei gilt auch umgekehrt: Miese Arbeitsbedingungen im Pflegebereich sind zwar das, womit auch Migranten hier in Deutschland konfrontiert sind, aber eben auch das inländische Pflegepersonal. Es sind schlicht die besonderen - und für viele nicht gerade sonnigen -Verhältnisse derzeit in Deutschland. Ebenso wirkt sich eine Abnahme existenzsichernder Arbeit bzw. eine Zunahme prekärer Arbeit natürlich auch auf Arbeitsbedingungen der Zuwanderer aus, ist jedoch ausschließlich Produkt der Klassenauseinandersetzung innerhalb des (deutschen) Nationalstaates. Zuwanderung hat auch deshalb keinen negativen Lohneffekt, weil die Durchsetzung der Löhne Aufgabe der nationalen Gewerkschaften ist. Und bei Tarifverträgen gibt es bei uns keine Unterscheidung zwischen Migranten und "Eingeborenen", leider jedoch in den Köpfen mancher Linke.

Deshalb sind auch irgendwelche Statistiken unter kritischen Vorbehalt bezüglich Ursache zu betrachten. Denn wenn Studien die Auswirkung von Zuwanderung auf die nationale Lohnentwicklung betrachten, betrachten sie zwangsläufig ein mehr oder weniger funktionierendes kapitalistisches System. Anders wie des Wunsch des ifo-Instituts nach der Herausnahme von Flüchtlingen aus dem gesetzlichen Mindestlohn (zwecks ang. "besserer Arbeitsvermittlung"), sollte deshalb deren Entlohnung durch einen höheren Mindestlohn, bessere Kontrolle von deren Einhaltung und Tarifvertrag bzw. mehr Tarifbindung, gerade gesichert werden. Wenn Jens Berger die miese Entlohnung von Migranten beklagt, sollte er sich klar darüber sein, dass erst die Unterstellung, Zuwanderung hätte negative Lohneffekte, diese maßgeblich begünstigt. Denn nur durch entschiedenen gewerkschaftlichen Kampf für bessere Entlohnung und Arbeitsbedingungen auch für Migranten, lässt sich diese Bedrohung überhaupt beseitigen; sind diese gleich, gibt es auch keine Ungleichheit zwischen Zuwanderer und "Eingeborenen" (Gleichheit ohne Zuwanderung ist AfD). Kurz um: Was die Studien über die Auswirkung von Zuwanderung (die Folgen der Abwanderung aus Deutschland werden übrigens meist vernachlässigt) mehr oder weniger adäquat wiedergeben, ist vor allem das Verhältnis von Arbeit und Kapital - im Land. Und es sollte eine Binsenweisheit für Linke sein, dass das Gegenmittel zur Lohnkonkurrenz und Konkurrenz um den Arbeitsplatz nur Solidarität sein kann. Jede Pauschalisierung von Zuwander*innen als Bedrohung der Löhne ist Diskriminierung - oder harmloser ausgedrückt: Übernahme kapitalistischer Ideologie. Denn was ist die ganze Problematisierung einer "Flüchtlingskrise" anders als auch ein Spaltungsversuch des Kapitals? Wer durch Zuwanderung negative Lohneffekte unterstellt, bei dem schwimmt nicht nur jede klare Unterscheidbarkeit zur AfD-Ideologie. Er macht auch das, was auch dem Kapital sehr entgegenkommt: Ablenkung von den Auseinandersetzungen, die im Land endlich geführt werden müssen - eben auch mit Immigranten und für Immigranten.

Siehe zum Hintergrund das Dossier im LabourNet Germany: [Zynischer Plan: Flüchtlinge als \(Mindest\)Lohnbrecher?](#)